

GATS: Widerstand lohnt sich

Maria Mies

In vielen Ländern der Welt gibt es bereits eine breite Widerstandsbewegung gegen das GATS. Auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre, wo über 60 000 Menschen im Januar zusammengekommen waren, um gegen die "unheilige Trinität": Weltbank/Internationaler Währungsfonds und WTO und die von ihnen propagierte neoliberale Politik zu protestieren, wurde klar formuliert, dass es das Ziel sei, das GATS zu Fall zu bringen, ebenso wie diese globale Protestbewegung das MAI (1998) und die Millenniumrunde der WTO (1999) zu Fall gebracht hat.

Es gibt bereits eine Vielzahl von Beispielen, wo der Widerstand gegen das GATS Erfolg hatte, auf der nationalen wie auf der lokalen Ebene. Im folgenden berichte ich über einige dieser Erfolge.

England:

In England hat die Grüne Partei (Opposition) im Jahr 2001 eine Anti-GATS-Kampagne gestartet. Die Grünen haben erreicht, dass die Stadträte verschiedener Städte Anti-GATS-Resolutionen verabschiedet haben, z.B. in Oxford, Brighton und Flintshire County. Mit dieser Kampagne haben sie zumindest erreicht, dass die lokalen Medien Informationen zum GATS veröffentlicht haben. Eine Resolution gegen GATS wurde an die Abgeordneten geschickt. 262 MPs haben sie unterschrieben.

Kanada

Wie schon beim MAI haben sich in Kanada ganze Städte und Provinzen als "GATS-frei" erklärt.

Die Stadt **Vancouver** verfasste im Mai 2001 eine Resolution gegen GATS. Diese Resolution machte Schule in Kanada. Darin wird gefordert, dass die Zentralregierung in Ottawa das GATS-Abkommen nicht unterzeichnen dürfe, ehe sie eine breite Beratung mit der gesamten Bevölkerung durchgeführt habe. Die Stadt Vancouver erhob die Forderung, die Zentralregierung müsse die GATS-Regeln auf die nationale Ebene beschränken. Die Autonomie und Autorität der Kommunen in bezug auf die öffentlichen Dienste müsse gewahrt werden. Vancouver verlangt außerdem eine permanente Ausnahme vom GATS von der Regierung in Ottawa.

Auch die ganze Provinz **British Columbia** – wo Vancouver liegt – verlangt öffentliche Anhörungen, um den Einfluss von GATS auf die Gemeinden zu evaluieren. Sie verlangt, dass der kanadische Unterhändler bei der WTO und GATS in Genf den gewählten Volksvertretern Rede und Antwort steht. Außerdem ernannte der **kanadische Städtetag** ein Team, das die Verhandlungen bei der WTO verfolgt und den Kommunen Auskunft gibt (vgl. Liste der Forderungen vom Städtetag B.C. Mies 2001 S. 166). Die Kanadier fürchten, dass amerikanische Dienstleistungskonzerne in ihr öffentliches Gesundheits-, Schul- und Sozialsystem eindringen und dort amerikanische Verhältnisse schaffen werden. Auch in **Ottawa** wurde eine Resolution gegen das GATS verabschiedet. Die Kanadier lehnen ab, dass die Zentralregierung bei der WTO einfach über ihre Köpfe hinweg die lokale Autonomie über die Dienstleistungen der Profitgier der Multis ausliefert. Sie wehren sich dagegen, dass auch in diesen Bereichen keine anderen Prinzipien mehr gelten sollen als privater Egoismus, Konkurrenz und Profitmacherei um jeden Preis.

International:

Stop the GATS Attack Now!

Im Februar 2001 wurde ein Aufruf der internationalen Zivilgesellschaft veröffentlicht, in dem gefordert wurde, das GATS zu stoppen.

Mehrere Städte haben die Privatisierungen wieder rückgängig gemacht, nachdem sie ihre negativen Folgen erfahren haben. Dies geschah allerdings vor dem Abschluss der jetzt laufenden GATS-Verhandlungen. Wenn diese abgeschlossen sind, wird eine Rücknahme der Privatisierungen unendlich erschwert sein. (vgl. GATS-Dokument von 1994)

In Swift Current (Kanada) war der Pflegedienst der städtischen Krankenhäuser an eine amerikanische Hotelkette – Sodexo-Marriott – verkauft worden. In der Folge wurde die Anzahl des Pflegepersonals reduziert, was die verbleibenden Angestellten unter enormen Zeitdruck setzte und die Qualität der Pflege deutlich reduzierte. Die Patienten bekamen oft nur kaltes Fast Food. Ausserdem bezog die amerikanische Firma nichts mehr von lokalen Zulieferern sondern kaufte dort, wo die Produkte am billigsten waren.

Daraufhin bildete sich eine Koalition von Bürgern und Gewerkschaften,

Die verlangte, dass die Privatisierung des Pflegedienstes in städtischen Krankenhäusern wieder rückgängig gemacht würde. Sie fühlten sich durch die amerikanische Firma in Geiselhaft genommen. „Durch ihr parasitenhaftes Verhalten sorgt die Firma dafür, dass die Gemeinde am Ende total von ihr abhängt.“ Die AktivistInnen waren vor allem erbost darüber, dass die Distrikt-Gesundheitsbehörde den gesamten Pflegedienst der Stadt einer amerikanischen Service-Firma übertragen hatte, weil dies –angeblich – kostenneutral“ sei. Sie forderten, der amerikanische Multi müsse wieder verschwinden und der Pflegedienst müsse wieder unter die Kontrolle der Kommune gestellt werden. Ihr Kampf hatte Erfolg. (Mies 2001, S.167-168)

Bolivien:

Cochabamba: Privatisierung der Trinkwasserversorgung

Der Kampf der BürgerInnen und Bauern von Cochabamba in Bolivien um ihr Trinkwasser ist bekannt. Nachdem auf Druck der Weltbank im Jahr 2000 eine amerikanische Firma das gesamte Trinkwassersystem dieser Stadt gekauft hatte, stieg der Wasserpreis sofort. Eine normale Bauern- und Arbeiterfamilie musste ein Drittel des Einkommens für Trinkwasser ausgeben, mehr als für Nahrung. Beschwerden bei dem Wasserkonzern blieben ohne Wirkung. Daraufhin gingen die Menschen auf die Strasse und forderten die Re-Kommunalisierung des Wassers. Zunächst ohne Erfolg. Doch sie protestierten weiter. Vier Tage Streik brachten die Stadt zum Stillstand. Die Regierung versuchte, den Widerstand durch den Einsatz von Tränengas, Polizeigewalt, Militär und die Erklärung des Ausnahmezustandes zu brechen. Doch die Menschen gaben nicht auf. Als schließlich das Militär einen Siebzehnjährigen ins Gesicht geschossen hatte, wurde auch der Regierung klar, dass ein Grundbedürfnis wie Wasser wichtiger ist als der private Profit eines ausländischen Großkonzerns. Sie unterzeichnete ein Abkommen, das die städtische Wasserversorgung wieder unter die öffentliche Kontrolle stellte (Barlow 2001, vgl. Infobrief Nr. 7).

Indien:

Bangalore: Nach zweijähriger Kontroverse über das Wasser-Projekt von Bewater Boot begrub die Regierung das Projekt stillschweigend.

USA:

In New Orleans hielten die Bürger ein Referendum über die Wasser-Privatisierung ab. Sie verlangen, dass sie das letzte Wort bei den Verträgen über Wasserversorgung und Abwasserentsorgung haben.

Indien:

ENRON-Dabhol: Indische Bürgerinitiativen haben wesentlich dazu beigetragen, dass die korrupten Praktiken des US-Energie-Multis, ENRON, der an der Westküste Indiens ein Gaswerk zur Stromerzeugung errichten wollte ans Licht kamen, dass der

Vertrag von ENRON Dabhol (die indische "Tochter" von ENRON) mit der Regierung des Bundesstaates Maharashtra auf. ENRON ist inzwischen bankrott.

USA:

AFL-CIO (American Federation of Labour-Congress of Industrial Unions – der Amerikanische Gewerkschaftsbund) hat im Februar 2002 eine Resolution verabschiedet, die einen Stop der GATS-Verhandlungen verlangt.

Südkorea:

Streiks der ArbeiterInnen des öffentlichen Dienstes im Februar 2002.

Italien:

1 Million Menschen streikten gegen die Aufweichung des Kündigungsschutzes.

Deutschland:

Erfolgreiche Bürgerbegehren gegen die Privatisierung von Stadtwerken fanden z. B. in Düsseldorf und Münster statt.

Stuttgart:

Attac-Stuttgart hat sich, zusammen mit den Gewerkschaften das Ziel gesetzt, das GATS zu Fall zu bringen. In Stuttgart wurde ein "Sozialforum, Stuttgart" (à la Porto Alegre) gegründet. Ähnliche Sozialforen entstehen auch in anderen Städten.

Österreich:

In Österreich gab es in diesem Jahr landesweite, erfolgreiche Streiks gegen die Liberalisierung und Privatisierung des Universitätssystems, die nicht nur von Studenten sondern auch von Professoren unterstützt wurden.

Deutschland:

Im vergangenen Monat streikten deutsche Studenten gegen die Einführung von Studiengebühren an den Hochschulen. Dies sahen die Studierenden als Vorstufe für die Privatisierung der Hochschulen. Sie verbanden diesen Protest bewusst mit dem Kampf gegen das GATS, das die Liberalisierung und Privatisierung des gesamten Bildungssystems vorsieht. In NRW erreichten die Studierenden, dass die Landesregierung die Einführung einer Studiengebühr (zunächst) nicht mehr erwägt.

Deutschland:

Attac Deutschland wird am 14. September 2002 in Köln eine bundesweite Protestdemonstration gegen die sogenannte Gesundheitsreform durchführen. Auch diese Kampagne verbindet den Widerstand gegen die nationale und lokale Gesundheitspolitik mit dem Kampf gegen das GATS auf internationaler Ebene.

In vielen Ländern der Welt, z.B. in Kanada, Indien, Deutschland, England, USA kämpfen die Menschen gegen die Liberalisierung und Privatisierung der Wassersysteme. Besonders die Privatisierung des Trinkwassers, des grundlegendsten Lebensmittels, seine Auslieferung an profitsüchtige internationale Wasserversorgungskonzerne wie Suez Lyonnais des Eaux, Vivendi oder RWE empört viele Menschen weltweit. Sie schliessen sich zusammen und verteidigen das Recht auf Wasser als Menschenrecht.

All diesen Widerstandsbewegungen ist gemeinsam, dass sie nicht zulassen wollen, dass die wesentlichen Elemente der Daseinsvorsorge, insbesondere Gesundheit, Bildung und Wasser

zur Ware auf den globalen Märkten werden, die nur dem privaten Gewinnstreben dienen. Sie fordern, dass die allgemeine Daseinsvorsorge unter der Kontrolle demokratisch legitimer Gremien von überschaubaren Gemeinwesen bleiben. Sie lehnen die Unterminierung der lokalen Demokratie, der Autonomie und der Selbstverwaltung der Gemeinden und jeglicher Gemeinwohlorientierung durch GATS und die „Globalen Players“ ab.

QUELLEN:

BGBI vom 15.04 1994, 1994 II 1643: GATS= Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen.

Maude Barlow: GATS –Die letzte Grenze der Globalisierung , aus: THE ECOLOGIST, Februar 2001, Für die Übersetzung verantwortlich: Ulrich Morgenthaler, Stuttgart.

Mies, Maria/Claudia v. Werlhof: Lizenz zum Plündern: Das Multilaterale Abkommen über Investitionen MAI Globalisierung der Konzernherrschaft und was wir dagegen tun können, Rotbuch, Hamburg 1998.

Mies, Maria: Globalisierung von unten. Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne, Rotbuch, Hamburg 2001.

Mies, Maria: GATS, das MAI durch die Hintertür, Papier, 2002 (unveröffentlicht).

Rügemer, Werner: Colonia Corrupta, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, 2002.